

Fulvio Vassallo Paleologo, Universität Palermo, 14.7.2008

Weitere Tragödien im Kanal von Sizilien, immer noch Gleichgültigkeit und Zynismus

Die europäische Sicherheitspolitik und die rassistische und fremdenfeindliche Politik der italienischen Regierung fordern weitere Opfer. Am Tag nach dem „werbewirksamen Start des Projektes der Mittelmeerunion, unterstützt von Sarkozy und Berlusconi, und dem x-ten Versuch, die Abschottung der Festung Europa sowie der Zurückweisungspraktiken und der Haft zu verschleiern, werden weitere 40 MigrantInnen südlich von Lampedusa vermisst, nachdem sich ihr Boot überschlagen hat. Die ersten Leichen wurden schon geborgen, während die Sucharbeiten noch andauern. Eine weitere Tragödie, obwohl eine Einheit der italienischen Marine schon in der Nähe war und die Rettung einleiten wollte. (...) Man weiß nichts über die Einsätze und Aufgaben der Frontex-Einheiten, der europäischen Agentur, die für die Außengrenzkontrolle zuständig ist. Seit dem 18. Mai 2008 fahren sie Einsätze im Kanal von Sizilien, kurz vor den nationalen libyschen Gewässern, um der „illegalen Migration entgegenzuwirken“ und die mit MigrantInnen gefüllten Boote in die Häfen, aus denen sie losgefahren sind, zurückzuweisen. Eine eigentlich unmögliche Aufgabe, die die Militarisierung des Mittelmeers neben der „pädagogischen Wirkung“ da erfüllen soll.

Kein „Kandidat“ der illegalen Immigration lässt sich von der Präsenz der europäischen militärischen Einheiten abschrecken, die – vergeblich – versuchen, den Weg für die Boote zu versperren, die Libyen und die anderen nordafrikanischen Ländern immer wieder in Kooperation mit kriminellen Organisationen und häufig mit der Grenzpolizei, losfahren lassen. Die Anzahl der in Lampedusa angekommenen MigrantInnen hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Das kann man ebenso für die Opfer sagen, auch wenn wir alle wissen, dass wir die genaue Zahl der Toten niemals kennen werden.

Immer häufiger verfangen sich die Leichen in den Netzen der Fischer oder in den Felsen Lampedusas. Das ist der Preis für die immer längeren und schwierigeren Routen und die seeuntauglichen Boote, die die Schlepper den MigrantInnen zur Verfügung stellen. Und wenn man doch ankommt kann es noch schlimmer enden. Nur die Polizei und die Richter in Agrigento glauben immer noch, das Schlepper mit in den Booten sitzen. Es laufen Dutzende von Anklagen ohne die Möglichkeit einer effektiven Verteidigung, und das auch gegen potentielle Asylsuchende. Tatsächlich werden die Boote auf eine Fahrt ohne Wiederkehr geschickt, sie werden den MigrantInnen übergeben, die sie abwechselnd steuern.

Die neuen Maßnahmen des Sicherheitspaketes, die die Haftverlängerung in den Verwaltungshaftzentren und die illegale Einreise und den illegalen Aufenthalt als Straftatbestand vorsehen, erhöhen die Anzahl der Abzuschiebende ins Unermessliche. Sie erhöhen auch die Möglichkeit von Willkürakten durch die Polizei, aber sie vermindern unerbittlich die effektiven Möglichkeiten, Abschiebungen durchzuführen. Lampedusa und die alten/neuen Verwaltungshaftzentren, die sich neuerdings CIE (centri di identificazione ed espulsione – Zentren für die Identifizierung und die Abschiebung) nennen, kollabieren. In den CIE (also den ehemaligen CPT – Abschiebungshaftlagern) bleibt die Macht des Befehls den Knüppeln überlassen, die gerade Dienst schieben, und man weiß nicht wann und unter welchen Bedingungen die neuen Haftstrukturen eröffnet werden, die die Regierung angesprochen hat.

Die Möglichkeiten einer effektiven Abschiebung sind aufgrund einer Außenpolitik, die sich nur auf Versprechungen einer zukünftigen Kooperation und auf wirtschaftlichen Austausch stützt, der immer auf dem Rücken der MigrantInnen ausgetragen wird, immer noch sehr reduziert (man könnte sagen, zum Glück). Aber diese Außenpolitik schafft es nicht einmal, die verschlagenen Diktaturen der nordafrikanischen Länder dazu zu bringen, der illegalen Immigration wirksam etwas entgegen zu setzen.

Libyen oder Ägypten haben einige Hundert Eritreer in die Hände ihrer Verfolger abgeschoben, aber auch damit wird nur versucht, Eindruck zu schinden, ein effektives Instrument zur Verhinderung der illegalen Immigration ist es nicht. Und wer immer das Geld hat, einen Wärter zu bestechen, vielleicht mit einer Anweisung über Western Union von einem Verwandten in Europa, kann seine Reise

fortsetzen. (...)

Die Routen ändern sich, so auch die Herkunftsländer der illegalen MigrantInnen, die Lampedusa und immer häufiger auch die südöstliche Küste Siziliens von Pozzallo bis Porto Palo di Capo Passero zu erreichen versuchen. Unter den von den italienischen Einheiten Geretteten finden sich immer mehr Frauen und unbegleitete Minderjährige, die der libyschen Hölle zu entkommen suchen, wie auch MSF (Ärzte ohne Grenzen) bestätigen: von 4,6, % ist der Anteil auf 11 % gestiegen. Immer häufiger kommen Flüchtlinge aus Somalia, Äthiopien und aus Nigeria, alle potentielle Asylsuchende, die nicht selten mit einer Abschiebungsverfügung zu einer ewigen Illegalität verdammt werden.

Was kann man angesichts dieser stillen Tragödie tun?

Vor allem müssen die Prozesse gegen die Kommandanten von zivilen Schiffen eingestellt werden, die MigrantInnen vor dem Ertrinken gerettet haben, wie z.B. im Fall der Cap Anamur 2004 und der tunesischen Fischer im Sommer 2007. Es ist nötig, Fischern und humanitären Organisationen die Arbeit wieder zu ermöglichen und die Rettungsaktionen nicht zu kriminalisieren. Das wäre eine Möglichkeit, die Rettungsaktionen zu verbessern und die Zahl der Opfer zu reduzieren.

Es benötigt neue Regelungen in der Zusammenarbeit der zahlreichen Fischerboote und der Einheiten der Marine, die im Kanal von Sizilien arbeiten, damit eine sofortige Rettung nach der ersten Meldung eingeleitet werden kann, ohne kostbare Zeit mit dem Warten auf die Marineeinheiten zu verlieren. Die Einheiten von Frontex sollten nur Rettungseinsätze fahren und ihre Einsätze müssen öffentlich gemacht werden. Auf See müssen diejenigen retten dürfen, die sich am nächsten am in Seenot befindlichen Boot befinden, und das muss nicht notgedrungen eine Marineeinheit sein. Es gibt immer noch viel zu viele Zeugenaussagen von MigrantInnen, die tagelang im Kanal von Sizilien trieben, weil die Fischer, die sie gesehen haben, weiter gefahren sind, um keinen Verdienstaustausch und das Konfiszieren ihrer Boote zu riskieren.

Es müssen legale "humanitäre Korridore" geschaffen werden, um den Flüchtlingen, die in Libyen festsitzen, die Möglichkeit zur Flucht in einen anderen Staat, auch einen europäischen, zu ermöglichen, damit sie dort einen Asylantrag stellen können. Auch das extraterritoriale Asyl aus Transitländern muss gelten und anerkannt werden. Für MigrantInnen aus wirtschaftlichen Gründen müssen ebenso die grundlegenden Rechte und das Recht auf die Rückkehr in das Heimatland garantiert werden. Von dort muss es eine legale Möglichkeit geben, um in Europa Arbeit zu suchen. Das sind der Mittelmeerunion und der dort vorgesehenen Migrationspolitik diametral entgegen gesetzte Forderungen. Diese Union ist eine Totgeburt, da viele nordafrikanische Länder, unter ihnen auch Libyen, sich dem öffentlich entgegen stellen.

Die erhöhte Anzahl der Flüchtlinge, die Verdopplung der Ankünfte auf Lampedusa und auf Sizilien bedeuten, dass die Kooperation der Mittelmeeranrainerstaaten gegen eine illegale Migration, die seit Jahren propagiert wird, nur wieder einen der werbewirksamen „spots“ Sarkozys und Berlusconis darstellt. Auch d'Alema und Zapatero haben sich nicht als sonderlich unterschiedlich in ihrer Politik der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes erwiesen.

Um diesen schaumschlagenden Politikern, diesen „Sicherheitsunternehmern“, die auf Panikmache und Notstand ihr Wahl-Glück (oder Unglück) aufgebaut haben, obwohl sie die wahren Verantwortlichen für diese Tragödien und für das Ansteigen der Zahlen der Illegalisierten, etwas entgegen zu setzen, muss die öffentliche Meinung mobilisiert werden. Rechtliche und soziale Netzwerke müssen auf beiden Seiten des Mittelmeeres gestärkt werden. Verwandten von Opfern der illegalen Migration muss eine Stimme gegeben werden, ebenso unabhängigen Organisationen, die die Rechte der MigrantInnen in den Transitländern verteidigen, und mutigen unabhängigen JournalistInnen, die jeden Tag das Versagen der Sicherheitspolitik der europäischen Staaten und den hohen Preis der menschlichen Opfer anklagen.

Wenn die politischen Parteien, die heute in Europa in der Opposition sind eine stärkere Initiative in Sachen Migration ergreifen würden, auch in Hinblick auf die kommenden europäischen Wahlen 2009, müsste sich das in der Umwälzung der Politik der europäischen Gemeinschaft bezüglich der Migration und des politischen Asyls zeigen. Ohne die – noch zu legalisierenden – MigrantInnen und ohne die Anerkennung der Grundrechte (ausgehend vom Asylrecht) ist Europa zu einem schnellen Untergang verurteilt, ökonomisch, sozial und demografisch.

Die Politik der internationalen Bündnisse muss überdacht werden. Vielleicht sollte man dabei mit den Bündnissen mit Diktatoren von Ländern an der Mittelmeerküste beginnen, die nur allzu oft als vertrauenswürdige Partner anstatt als autoritäre Despoten und Verbündete von Menschenhändlern, die sie angeblich bekämpfen wollen, angesehen werden.

Aus dem Italienischen von Judith Gleitze